

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

Reformplattform. Sozialliberal in der SP Schweiz

Newsletter Nr. 9 / 2020

Cara Piattaforma riformista



Editorial

Von Erich Fehr, Mitglied Steuerungsgruppe der Reformplattform, Stadtpräsident von Biel

In Coronazeiten ändert sich vieles grundlegend; vorerst einmal temporär, einige Veränderungen könnten aber auch dauerhaft sein. Sicher ist schon einmal, dass die SP Schweiz die Präsidiumswahl auf den kommenden Herbst hat verschieben müssen. Die eidgenössischen Wahlen vom letzten Herbst sind aus Sicht der SP nicht erfolgreich verlaufen. Michael Oliveri aus Baden sieht mehrere Ursachen dafür. Aus seiner Sicht muss die SP weiterhin Politik machen für Menschen mit geringen Einkommen. Gleichzeitig muss sie sich – wie im vorliegenden Newsletter dargelegt – mit einer lösungsorientierten, pragmatischen Politik auf den Mittelstand ausrichten.

Mit Pascale Bruderer hat Ende letzten Jahres eines der Gründungsmitglieder der RoP und eine treibende Kraft der ersten Stunde die Politbühne verlassen. Es ist deshalb nachvollziehbar, dass sich Pascale Bruderer auch aus der Steuerungsgruppe der RoP zurückgezogen hat. Wir danken ihr ganz herzlich für ihr grosses Engagement und wünschen ihr für ihre berufliche und persönliche Zukunft alles Gute. Zugleich freuen wir uns, dass sich Pascale Bruderer bereit erklärt hat, uns auf Wunsch weiterhin themenspezifisch als Sparringpartnerin zu unterstützen.

Neu zur Steuerungsgruppe gestossen ist Barbara Nyffeler, die aktuelle Berner Stadtratspräsidentin. Barbara Nyffeler hat langjährige, aktive Politikerfahrung auf kommunaler Ebene; zuerst in Nidau bei Biel und in den letzten Jahren in der Stadt Bern. Beruflich bringt sie eine grosse Erfahrung und viel Wirtschaftskompetenz mit. Barbara Nyffeler hat in der Privatwirtschaft gearbeitet und ist nun seit vielen Jahren beim Wirtschaftsamt des Kantons Bern in verantwortungsvoller Position tätig. Von daher kennt sie einerseits die Mechanismen von Politik und Verwaltung sowie deren Schnittstellen, aber auch die Bedürfnisse von Gewerkschaften, Wirtschaft, usw. Barbara Nyffeler wird sich insbesondere um die Kommunikation kümmern und wir freuen uns sehr über ihr Mitmachen. Im vorliegenden Newsletter könnt Ihr Barbara Nyffeler näher kennenlernen, denn sie beantwortet in dieser Ausgabe die traditionellen fünf Fragen.

Für mich ist bereits heute klar, dass die Coronakrise die Wichtigkeit eines starken und handlungsfähigen Staates wieder einmal unter Beweis stellt. Unter der Leitung von SP-Innenminister Alain Berset führt die Landesregierung die Schweiz im Moment mit ruhiger und sicherer Hand durch die Krise. Das ist in der akuten Phase der Krise beruhigend. Wir dürfen aber nicht der Illusion erliegen, dass der Staat alle und alles vor den Verwerfungen der Coronakrise bewahren kann; insbesondere nicht im wirtschaftlichen Bereich. Dazu sind die Folgen schlicht zu dramatisch, denn wir müssen mit dem schlimmsten Wirtschaftseinbruch seit der Ölkrise 1973/74 rechnen; je nach den weltweiten Entwicklungen könnte es auch zum grössten Rückgang seit 1929 kommen. Wir müssen uns bereits jetzt, noch während der akuten Phase der Krise, damit befassen, wie ein Weg in die Zukunft aussehen kann. Erfolgreich kann ein solcher Weg nur sein, wenn alle, d.h. die Organisationen der Arbeitnehmenden und der Arbeitgebenden sowie der Staat einen gemeinsamen und partnerschaftlichen Weg finden. Extremforderungen bringen in dieser schwierigen Zeit nichts, aber einige Gewichte werden sich mit Sicherheit dauerhaft verschieben (z.B. die Einschätzung über die Bedeutung des Gesundheitswesens). Zurecht ist die SP in grosser Sorge ums Überleben der KMU und Selbständigerwerbenden und macht entsprechende Vorschläge; auch hier kann man auf eine nachhaltige wirtschaftspolitische Positionierung hoffen, für welche die Reformplattform im Oktober 2019 mit der Publikation ihres KMU-Papiers Vorarbeit geleistet hat.

Viel wird heute von einem (klassischen) Konjunkturpaket gesprochen. Das ist sicher eine interessante Überlegung. Man muss aber beachten, dass solche Pakete immer erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung von 18 bis 36 Monaten wirken und primär industrie- und bauorientiert sind.

Was mir als Stadtpräsident von Biel im Moment und vor allem kurzfristig aber viel mehr Sorgen macht, sind das Gewerbe und die Selbständigerwerbenden. Bei diesen Gruppen greifen auch die bundesrätlichen Sofortmassnahmen nicht überall optimal. Bis die Wirkung eines Konjunkturpakets bei ihnen ankommen würde, ist es zu spät. Wir suchen im Moment nach Wegen, wie erreicht werden kann, dass Gewerbe (Läden, Gastronomie), aber auch Kultur- und Sportanbieter, welche für das gesellschaftliche und soziale Leben in einer Stadt von so grosser Bedeutung sind, nach der stufenweisen Aufhebung des «Lockdown» rasch wieder in Fahrt kommen. Dabei braucht es kreative

Ansätze, wie die Betriebe wieder erfolgreich arbeiten können, auch wenn ein Teil der Restriktionen temporär weiterbesteht. Andererseits müssen auch die Menschen rasch den Weg zurück in die Stadt finden, auch wenn sie immer noch gewisse Sorgen wegen einer möglichen Ansteckung haben und wir müssen vermeiden, dass es zu einer Art «Konsumboykott» kommt, weil die Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz oder um die Zukunft generell haben. Wir müssen rasch wieder Vertrauen fassen, sonst nehmen Gewerbe und Selbstständigerwerbende vom sog. «Zweitrundeneffekt» am Ende mehr Schaden als vom «Lockdown» selber. Mit hoher Intensität und unter Einbezug aller Partner suchen wir aktuell auf städtischer Ebene nach Lösungen für diese Herausforderung. Patentrezepte gibt es keine, denn so etwas haben wir alle noch nie erlebt. Aber gemeinsam und solidarisch werden wir diese einmalige Situation erfolgreich meistern; davon bin ich überzeugt.



Braucht es eine stärkere Linkspositionierung der SP?

Ein Diskussionsbeitrag von Michael Oliveri, Baden AG

Zwischen 1951 und 2003 lag der durchschnittliche SP-Wähleranteil in den Nationalratswahlen bei 23.5%, 2019 noch bei 16.8%. Wie kann die SP wieder wachsen?

Die SP vertritt den Slogan «**Für alle statt für wenige**». Wer sind heute diese «alle»? In den letzten Jahrzehnten hat sich ein einschneidender **demografischer Wandel** vollzogen. 1960 arbeiteten noch 50.4% in der Industrie und 38.2% im Dienstleistungssektor¹, die Angestellten ebenfalls mehrheitlich mit schlechter Entlohnung. Die SP politisierte damals für die gesamte Arbeiterklasse, der grössten gesellschaftlichen Schicht. Heute ist der Mittelstand die grösste gesellschaftliche Schicht und umfasst gemäss der Kriterien des Bundesamts für Statistik rund 60% der Bevölkerung.

Natürlich will und muss sich die SP weiterhin stark **für die Anliegen der einkommensschwachen Bevölkerung einsetzen**. In diesem Bereich hat sie allerdings mit den Jahren immer mehr Wählerinnen und Wähler an die SVP verloren: nicht etwa, weil sie sich zu wenig links positionierte, sondern weil sie die Ängste der ärmeren Bevölkerung vor der Migration zu wenig ernst nahm – Ängste vor Überfremdung und Bedrohung schweizerischer Werte und Normen, Verdrängung aus dem Arbeitsmarkt und aus günstigen Wohnungen, Belastung der Sozialwerke, usw. Ein Hinweis auf die Abwanderung der einkommensschwachen Schicht von der SP zur SVP sind beispielsweise die Regierungsratswahlen 2019 im Aargau: Im untersten Einkommensviertel wählten 45% der Wählenden den SVP-Kandidaten, hingegen nur 24% die SP-Kandidatin.² Und im Kanton Zürich deklarieren fast 60% der SVP-Wählerschaft ein Haushaltseinkommen von unter 7'000 Fr.³

Um wieder kräftig zuzulegen, muss die SP ihre **Politik viel mehr als bisher auf den Mittelstand ausrichten** und sich dabei besonders das Vertrauen jener Teile des Mittelstands sichern, die gegenüber sozialen und ökologischen Anliegen aufgeschlossen sind. Dabei sollte die SP die Überzeugungen und Bedürfnisse des Mittelstands zunächst einmal offen und unvoreingenommen wahrnehmen:

Was wünscht mehrheitlich der Mittelstand?

Eine pragmatische, lösungsorientierte und auch wirtschaftsfreundliche Politik. Soziale Verbesserungen werden unterstützt, wenn sie anstelle des Giesskannenprinzips stärker auf jene Menschen fokussiert, die wirklich Unterstützung brauchen. Klima- und Umweltschutzmassnahmen werden als wichtig erachtet, aber sie sollten soweit möglich marktkonform sein und nicht nur vom Staat finanziert werden müssen. Wichtig, vor allem auch für die KMU, ist der Abbau von zu viel Bürokratie und Überregulierung. Gefordert werden Effizienz des Staates und eine massvolle Steuerpolitik, welche den breiten Mittelstand nicht noch mehr belastet.

Was lehnt der Mittelstand mehrheitlich ab?

Eine pointiert linke und ideologisch geprägte Politik, das Beharren auf maximalistischen Forderungen, Staatsgläubigkeit, die Vision eines Systemwechsels, die von den Jusos vertretene unbeschränkte Zuwanderung und überhöhte Fokussierung auf Minderheitsanliegen und Identitätspolitik.

Wahlen in anderen Ländern zeigen, dass heute jene sozialdemokratischen Parteien, welche breite Bevölkerungsschichten und somit besonders auch den Mittelstand anzusprechen vermögen, bei Wahlen erfolgreich sein können: Dänemark (2019: 25.9%), Spanien (28%), Portugal (33.6%), Neuseeland (2017: 36.9%). Hingegen führte der pointierte Linkskurs die Labourpartei in Grossbritannien bei den Wahlen 2019 in eine Krise.

Was denkt heute die Wählerschaft in der Schweiz über die SP? In einer Befragung wurden als wichtigste Gründe für den Wählerverlust 2019 genannt: Bedeutungsgewinn des Klimathemas (32%), Dominanz der Gewerkschaften (27%), zu linke Positionierung (26%, hingegen zu rechts nur 3%), Positionierung beim EU-Rahmenabkommen (25%).⁴

Die Rückgewinnung von Vertrauen in der einkommensschwachen Schicht und die Integration der Anliegen des Mittelstands in die SP-Politik sind heute für unsere Partei eine zentrale Herausforderung.

¹ <https://hssso.ch/de/2012/f/0>

² https://fokus.ag/analysen/bericht_2019-10-20_regierungsrat/

³ Wer wählt wen im Kanton Zürich? Soziale Herkunft und politische Haltungen der Parteiwählerschaften. statistik.info 09/10

⁴ SRG SSR Wahltagsbefragung - Swissinfo 2019, Abbildung 8



5 Fragen an...

... Barbara Nyffeler, Stadträtin und Stadtratspräsidentin 2020, Bern

1. Gibt es einen Auslöser, dass du dich bei der SP-Reformplattform engagierst und wenn ja, welcher?

Es gibt keinen konkreten Auslöser. Ich bin seit bald 25 Jahren in der SP aktiv, war Vorstandsmitglied auf lokaler und regionaler Ebene und Sektionspräsidentin, habe Wahlkämpfe organisiert und stand/stehe im Morgengrauen mit Flyern und Give-aways an Tramhaltestellen – das volle Programm. Ich bin überzeugt, dass die SP Breite braucht, um künftig in der Schweizer Politik eine relevante Rolle zu spielen - dank hohem Wähleranteil. Und diesen Wähleranteil – der auch schon deutlich höher war als aktuell – können wir nur erreichen, wenn wir Menschen von „ganz links“ bis „sozialliberal“ einbinden. Jung und Alt. Städte und Agglomerationen. Für mich war Politik von meinem Naturell her eh nicht so die grosse Vision. Ich gehe lieber pragmatisch vor, in Richtung soziale Gerechtigkeit und Chancen für Alle. Und freue mich über kleine Erfolge. Und ärgere mich über (sozialdemokratische) Misserfolge.

2. Wer ist dein politisches Vorbild und warum?

Hans Stöckli, Ständeratspräsident, früherer Bieler Stadtpräsident und überzeugter Sozialdemokrat: Er ist der grösste Optimist, den ich kenne. Er sieht immer die Chancen und nicht die Hindernisse.

3. Welche 5 Werte sind dir wichtig?

Ehrlichkeit, Anstand, Sorgfalt, Respekt und Fleiss – ich weiss, das tönt altmodisch.

4. Was ist deine wichtigste Frage an die Zukunft?

Es sind jene Fragen, die uns alle beschäftigen. Global: wie stoppen wir die Erderwärmung? National: Wie regeln wir unsere Beziehungen mit Europa, wie sichern wir unsere Sozialwerke? Lokal in Bern: Was müssen wir tun, um die Wahlen im November 2020 zu gewinnen?

5. Was war die größte (positive oder negative) Überraschung deines politischen Lebens?

Das politische Leben steckt voller Überraschungen, immer wieder. Positiv: Meine Wahl zur Stadtratspräsidentin in Bern und der grosse Support, den ich erfahren darf – weit über die SP hinaus. Negativ: Der Verlust von zwei Berner Sitzen im Nationalrat im Oktober 2019.

Wenn Sie diese E-Mail (an: info@reform-sp.ch) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

info@reform-sp.ch